

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler



56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 3. August 1918

Anzeigenpreis: Werbeln., Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfgepaltenen Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 89

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Artikel:** Die Tagung des Tarifausschusses, XI—XIV (Schluß). — Preisfälligkeiten zur neuen Steuerungsulage und Druckpreiserhöhung. — Zu den „Ungehörigkeiten im Verbandsorgan“. **Kurzbesprechungen:** Bamberg. — Freiburg i. Br. — Gotha. — Posen. — Würzburg. **Handelsschau:** An der Schwelle des fünften Kriegsjahres. — Nachahmungsverbot. — Ferien-Feuerungsanlagen für die Buchdruckerbetriebe. — Keine Zug- und Nachdruck. — Der Geschäftsgang im Papier- und graphischen Gewerbe. — Die Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe. — Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden. — Der Arbeitsmarkt in den Monaten März, April und Mai 1918. — Die Lebensmittelpreise im Juni 1918. — Einmalige Unterstufung der Veteranen von 1870/71. **Vorbereitung der Zentralinvalidenkasse i. S. für erstes Quartal 1918.**

## Die Tagung des Tarifausschusses

### XI.

Die Angelegenheit des Organisationsvertrags wäre noch zu erwähnen mit einer akademischen Behandlung am Schlusse der Beratungen. Es handelt sich nicht um die materielle Seite des bekannten Berliner Urteils, sondern um die Auslegung des § 1. Die Vorlegungen des Tarifausschusses werden auf beiden Seiten nicht reiflose Zustimmung gefunden haben, sind aber in ihrer vermittelnden Tendenz anerkennen gewesen. Es kann als gewiß gelten, daß bei Schaffung des Organisationsvertrags an Erschütterungen und Zustände, wie sie die leidenschaftliche Zeit des Krieges gebracht hat, nicht zu denken war, vielmehr nur an normale Möglichkeiten gedacht werden ist. Deshalb kann auch für ganz außerordentliche Verhältnisse eine unbefristete Kallung nicht verlangt werden, wie es schon 1914 der Fall gewesen ist bei dem Zusammenbruch des Wirtschaftslebens in den ersten Kriegswochen. Es handelt sich also darum, eine Auslegung zu schaffen, die mit dem Standpunkte der Würzburger Resolution nicht kollidiert. Ob das gelangt bei der angeregten und aufgelagerten — eine Debatte fand der Zeit wie der Unzufriedenheit des Tarifausschusses wegen gar nicht statt — neuen Verhandlungen zwischen den beiden Organisationsleitungen und dem Tarifamt, muß abgewartet werden. Wir haben unsrer kritischen Betrachtung dieses Streitpunktes in Nr. 71 nichts hinzuzusetzen.

### XII.

Die Beurteilung in den Versammlungen untrer Organisation ist, wie schon mit zwei Winken zu verstehen gegeben wurde, manchmal über die Aker objektiver Wertung des Erreichten getreten. Es wird von den Gehilfen unterhändler niemand erwartet haben, daß überall das grobe Halleluja von Händen angestimmt werden würde; die Not der Zeit drückt dafür zu schwer und für die Linderung der Nahrungsorgen eröffnen sich noch keine besseren Aussichten. Es ist aber zu berücksichtigen, daß auch mit der Durchsetzung der vollen Forderung von 20 Mk. ein Ausgleich zur Steuerung nicht möglich gewesen wäre. Bei einem Gesamtüberblick der uns bis jetzt vorliegenden 81 Versammlungsberichte kann festgestellt werden, daß ein Sechstel der Versammlungen in ihrer Stellungnahme das richtige Augenmaß vermissen läßt. Es sind mehr mittlere Druckorte, wenn auch einige Großstädte hierzu zählen, aber selbst aus kleinen Mitgliebschaften liegen haarsträubende Bes- oder Beurteilungen vor. Bei den hervor- rühendsten haben wir das Nötige dazu bemerkt, im übrigen jedoch unsere Artikel Aufklärungsarbeit verrichten lassen. Diese hat in einem Falle sogar bewirkt, daß man von einem Ort aus einen stark gewürzten Bericht zurückzog und an seiner Stelle einen gemäßigt gehaltenen sandte. Aus andern Orten gingen uns Schreiben zu, aus denen nachträglich eine kühlere Auffassung hervorgeht. Wenn die Schriftgießerkollegen, die in Hamburg und Leipzig empfindend niedrige Angebote von ihren Prinzipalen — in Leipzig 4 Mk.! — erteilten, losgewerkelt hätten, würde das eher zu verstehen gewesen sein. So hat sich aber bei uns gezeigt, daß die Beurteilung häufig eine recht gegensätzliche war, was man gewiß nicht als erheben empfinden kann. Bemerkenswert waren die aus dem Osten

kommenden Urteile. Die Prinzipalvertreter der östlichen Provinzen werden darüber nicht erbaud sein — wir waren es von ihrem Verlangen nach einem Abschlage noch weniger. Aus einer weit nordöstlich gelegenen Stadt erfuhren wir von einem alten Funktionär, daß das Sechsfache für Lebensmittel bezahlt werden muß, daß der Schleichhandel in läppigster Weise steht, und daß die Rationierung schlechter sei als in den Großstädten. Das ist allerdings eine ganz andre Resart, wie sie in Berlin vom „gelegneten“ Osten zu hören war. Was die vielberufenen hohen Löhne in der Rüstungsindustrie anbelangt, so wird in einer der nächsten Nummern eine umfassende, jedoch bekannt werdende Verdienststatistik des Metallarbeiterverbandes über ganz Deutschland wohl noch mancherlei Klärung in unsern Kreisen zuwege bringen. Es ist das eine Bestätigung des von uns immer Gesagten. Auch eine jüngst vernommene Äußerung eines Leipziger Gewerkschaftsführers, der einen Vergleich zwischen der am zweitbesten bezahlten Industrie- arbeiterkategorie und den Buchdruckern zog, bewies uns, daß es mit untrer „Rückständigkeit“ doch nicht so schlimm ist. Die in voriger Nummer veröffentlichten neuen Steuerungsulagen für die Konsumvereinsbäckereien gestalten uns gleichfalls das Nebenbestehen.

Aber Prinzipalversammlungen sind wir erst in einem Falle durch die „Zeitschrift“ orientiert; das Urteil ist sehr kritisch gehalten. Wir wissen sonst mehr, dürfen aber nur nach dem urteilen, was in dem Prinzipalorgan steht. Je nachdem, was die „Zeitschrift“ noch bringt, kann ja auch hiervon später ein Überblick gegeben werden.

### XIII.

Die Einführung der neuen Steuerungsulage von 10 Mk. als erste Rate erfolgt am Jahrtage dieser Woche. Wie der Einführungstermin des 1. August zu verstehen ist, belagt klar und deutlich die vom Tarifamt heraus- gegebene „Anwendung der Beschlüsse“. Jede Kommentierung hier ist überflüssig. Ein jeder Kollege hat sich mit dem „Rechennechte“ zu versehen, selbstverständlich muß dieser auch im Besitze jeder Geschäftslitung sein. Die Fußnote auf Seite 1 ist in betreff der am 1. April d. J. eingetretenen Lokalaufschlagsvorstellungen genau zu beachten; eine andre Auslegung darf es nicht geben. Auf Seite 5 bis 7 sind die Ausrechnungen für die Überstunden, die Sonn- und Feiertagsarbeit sowie die Entschädigung für Herstellung von Montagseinstellungen zu finden. Es ergibt sich daraus, daß der Schaden durch den in Nr. 85 erörterten Beschluß repariert worden ist, ehe er tatsächlich werden konnte; es gelten also nur die in der „Anwendung der Beschlüsse“ aufgeführten Ausrechnungen.

Wir erwarten mit Bestimmtheit, daß sich die Einführung der Steuerungsulagenverhöhung glatt vollzieht. Es kann darüber ja bisher nicht gesagt werden; unsre Prinzipalität hat es, von den nicht wenigen Ausnahmen bei der früheren Freiwilligkeit der Steuerungsulagen abgesehen, als Ehrenpflicht betrachtet, den Beschlüssen des Tarifausschusses prompt nachzukommen. Es ist von früherer sowohl als von voller Gewährung am ersten Jahrtage erfreulicherweise in einer ganzen Anzahl von Fällen schon Mitteilung dem „Korr.“ gemacht worden. Indem die Gehilfenvertretung einer Hinausschiebung der ersten Aus- zahlung um zwei Wochen zustimmte, um Schwierigkeiten bei der Einführung von vornherein aus dem Wege zu räumen, muß nun um so mehr allgemeine Einhaltung des Termins vom 1. August erwartet werden. Das überhebt jedoch keinen Druckervertretermann der Pflicht, an gehöriger Stelle sofort zu berichten, wie es mit der Einführung gegangen ist. Auf die abseits des gewerblichen Lebens liegenden kleinen Druckorte ist genaues Augen- merk zu richten, daß von dort die erforderlichen Mit- teilungen eingehen. Eine besondere Berichterstattung an den „Korr.“ ist nicht notwendig; lummarische Erwähnung in einem späteren Versammlungsberichte genügt.

### XIV.

Wenn auch zu einem apothekenhaften Schlussworke kein Anlaß gegeben ist, so darf doch wohl einiges noch gesagt und auf andres für eine weitere Behandlung hinge-

wiesen werden. In den Abschnitten VII und VIII sind solche Vormerken enthalten. Sie beziehen sich zunächst auf die materielle Lage der Gehilfen, die ja nicht unter dem Gesichtswinkel der gegen den Minimalgrundlohn kriegs- zwangsläufig eingetretenen Veränderungen beurteilt werden darf, sondern nach der unheimlichen Entwertung des Geldes, worüber der wirkensberalliche Finanzminister im Landtag kürzlich ebenso lehrreiche wie unsre Kriegswirtschaft un- günstig charakterisierende Darlegungen gab. Sie sollen ferner auf die wirtschaftlichen Verhältnisse untrer Gewerbes unter Einschluß des Zeitungsverlags gerichtet sein. Diese ohne wei- teres als wichtig anzusehenden Betrachtungen werden nur bedingten Zusammenhang mit den Beratungen des Tarifaus- schusses haben, wenngleich sie davon mit ausgehen müssen, sondern werden auch in Verknüpfung stehen mit dem, was früher war und was in Zukunft besser sein soll. Deshalb trennen wir diese dreifache, sozusagen fundamentale Materie hier ab, um sie, jedenfalls in übernächster Nummer, in einem Durchgehen gesondert zu bearbeiten. Es muß noch mehr Klarheit geschaffen und für planvolles, gesicherteres Vordringen eine festere Basis geschaffen werden. Was wir in dem Artikel „Brennende Notwendigkeiten“ (Nr. 75), der eine ganz realpolitische Begründung der Tarifausschub- fassung sein sollte und durch Übermittlung an jeden Prin- zipalsteilnehmer bei den Verhandlungen auch geworden ist, gesagt haben, bedarf ebenfalls der Ergänzung wie der Er- weiterung.

Für den „Korr.“ wachsen die Steuerungsulagenbewe- gungen sich mehr und mehr zu Tarifrevisionen aus, d. h. hin- sichtlich der daraus entstehenden Arbeit. Sie ist entspre- chend ohne Erfolg geblieben wie die gleichfalls angekrengelt werdende Tätigkeit der Gehilfenvertretung bei diesen Be- ratungen. Die Gehilfenerschaft hat, wie schon erklärt am Schlusse des zweiten Abschnittes, einen ehrlichen Erfolg zu verzeichnen, denn er muß auch gemessen werden an den abwägenden sachlichen Schwierigkeiten, die für unser Ge- werbe nun einmal unbefreitbar sind.

Was Adolf Braun in seiner 1908 erschienenen Schrift „Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften“ sagt, daß „der Abschluß von Tarifverträgen immer schwieriger und verantwortungsvoller wird, daß die Vertreter der Ar- beiter, die die Verhandlungen führen sollen, so ausgewählt sein müssen, daß sie die größte Erfahrung, Gewandtheit, Schlagfertigkeit und Geschick haben müssen, um Tarifver- träge im Interesse der Arbeiter richtig abzuschließen“, ist ebenso wahr als die weitere Behauptung, daß hierzu „auch ein nicht unbedeutendes Stück diplomatischer Kunst, Kühnheit und Nüchternheit und ständige Aufmerksamkeit gegen jede Überernplung durch die Gegenpartei“ gehört. Diese Er- fordernisse werden immer wichtiger, je mehr die Arbeit- geberseite Routine am grünen Tisch entwickelt. Untrer Prinzipale mit ihrer jahrgestaltigen Schulung sind darin natürlich weit vorgeschritten. Den Gehilfenvertretern wird aber ihr schweres Amt erleichtert, wenn nicht nur in Inter- vallen das Interesse einen hohen Barometerstand zeigt, sondern mehr durch ebenfalls und allseitig nüchterne Er- wägungen und objektive Bewertung des Für und Wider wie der wirklichen Verhältnisse anderswo. Darin sind wir noch nicht weit genug. Wir müssen aber diesen Weg bis zur vollen Erfüllung weitererschreiten. Würzburg war eine gute Etappe. Dieser Geist sollte sich erhalten und dessen Früchte mehr heranreifen lassen.

□ □ □ □ □ Pressestimmen □ □ □ □ □  
zur neuen Steuerungsulage und Druckpreiserhöhung

Im Abschnitt VIII der im vorstehenden zu Ende ge- führten Artikelserie wurde angedeutet, zum Abschluß einiges anzuführen, wie die Beurteilung des Berliner Hauptgesprächnisses in der Sach- und Tagespresse ausge- fallen ist.

Die „Zeitschrift“ begleitete die Veröffentlichung des Beschlußprotokolls von der Tarifausschubfällung mit einem Artikel, betonte, daß „schwerwiegende und für die Gesamt- heit untrer Gewerbes nachhaltige Beschlüsse“ gefaßt worden seien, erwähnte die Steuerungsulage vom 26. November v. J.

als „eine ganz erhebliche, manchem ebenfalls durch den Krieg in höchste wirtschaftliche Sorgen geratenen Arbeitgeber fast unerträglich erscheinende Steigerung“, von der man glaube und hoffe, „dass es mit dem bis dahin Vereinbarten sein Bewenden habe“; die beiden Arbeitnehmerorganisationen seien dennoch mit einem Antrag auf Bewilligung abermaliger Steuerungsulagen an die Tarifinstanzen herangetreten. Von den Verhandlungen im Tarifauschuss wird dann gesagt, die schwebenden Fragen wären „von beiden Seiten mit Nachdruck und großer Grüblichkeit“ erörtert:

Die von der Gehilfenschaft gestellten Anträge gingen weit über das hinaus, was die Prinzipale bewilligen konnten. Es bedurfte deshalb eines vollen Maaßes guten Willens auf beiden Seiten, um die Verhandlungen nicht scheitern zu lassen. Nicht zuletzt der geschickten Vermittlung des bewährten Geschäftsführers der Tarifgemeinschaft, Herrn Paul Schlies, ist es zu verdanken, daß am Ende des dritten Verhandlungstages die Einigung beider Parteien auf die in vorstehender Bekanntmachung des Tarifamts festgelegten Steuerungsulagen erfolgen konnte.

Unser Gewerbe, das im Laufe der außerordentlich langen Kriegsbauer so manches schwere Opfer hat bringen müssen, wird diese neue Belastung nur schwer ertragen. So wenig sich die Arbeitgeber der Einsicht verschließen, daß unsere Gehilfenschaft haben muß, was sie zum Leben braucht, so sehr muß von der andern Seite ermarktet werden, daß man dort die Opfer, die nun abermals von der Prinzipalpartei verlangt wurden, auch entsprechend zu wüirdigen versteht.

Wenn auch die Steigerung der Steuerungsulagen durch Erhöhung des Preisariffs auszugleichen versucht wird, so muß doch auch die Gefahr im Auge behalten werden, die der Herstellung von Druckarbeiten durch so häufige sich wiederholende Aufschläge erwächst. Denn je teurer eine Ware wird, desto geringer wird die Nachfrage. Im Lebensmittelhandel liegt die Sache anders, hier wird ein bestimmter Preis gefordert und auch bezahlt, weil die Bedürfnisse des Magens unter allen Umständen berücksichtigt werden müssen und dann erst die andern Notwendigkeiten des täglichen und Geschäftslbens an die Reihe kommen. Man wird also infolge der erhöhten Preise der Druckkosten für sämtliche Druckarbeiten mit einem weiteren Rückgang der Druckaufträge rechnen müssen, eine Aussicht, die für Prinzipale sowohl als für Gehilfen nicht erfreulich sein kann.

Es liegt nun an den Buchdruckereien, ihre Auftraggeber zu überzeugen, daß die erhöhten Herstellungskosten nicht umgangen werden können, wenn die Gehilfenschaft den Selbstverhältnissen entsprechende Löhne erhalten und den Firmen eine den Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage einigermaßen gerecht werdende Bezahlung ihrer Leistungen gewährleistet werden soll. Ein großer Teil der deutschen Buchdruckereibesitzer vorliegt ja in der Presse über das geeignete Mittel, der Öffentlichkeit gegenüber die Höhe des eignen Gewerbes entsprechend zum Ausdruck zu bringen. Aber auch der Deutsche Buchdruckerverein wird alles tun, um durch Rundschreiben an die Behörden, Verleger usw., Veröffentlichungen in der Presse und wo es noch angebracht erscheint, auf die notwendige Erhöhung der Preise aufmerksam zu machen.

Dabei möchten wir aber nicht unterlassen, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die oft zu geringe Bewertung untrer Arbeit im Rahmen der Kriegspreise zum Teil auf die elgane Schuld untrer Berufskollegen zurückzuführen ist. Es nützt nichts, wenn wir über die Höhe der Zeit klagen, aber nicht daran gehen, untrer Erzeugnisse durch zeltensprechende Preise eine gerechte Bewertung zu sichern. Gehen wir deshalb liberal und unter allen Umständen die Erhöhung der tariflichen Sätze durch. Untrer Auftraggeber werden sich dann an die neuen Preise gewöhnen, wie sie sich auch an die Kriegspreise für alle übrigen Dinge des Bedarfs gewöhnen mußten.

Wir haben Punkte, wie die Einschränkung des Stellenwechsels und die für neue Forderungen gelebte Frist ausgelassen, weil bei der Besprechung der Tarifanschlagsung darauf schon mit Bezug genommen wurde, ohne den klagierten Artikel in der „Zeitschrift“ dabei besonders zu erwähnen, in dem darüber eine zu abstrakte Auffassung besteht. Die Zulage von November wie die jetzige werden zu sehr nach der für das Gewerbe eintretenden Belastung und zu wenig nach dem Grade der vorhandenen Steuerung gemerkt. An einen weiteren Rückgang der Druckaufträge glauben wir ebenfalls, indes wird dieses Abiel in seiner Wirkung doch nicht so schlimm, als wenn der Tarifanschlag sich davon hätte mehr leisten lassen und eine vollständig ungenügende Erhöhung beschlossen haben würde. Den Hinweis auf die oft zu geringe Bewertung der Druckereizugnisse lassen wir gelten; auch in der Gehilfenschaft gibt es viele, die ihre Arbeit nicht genügend bewerten; da kann mit den Steuerungsulagen die mangelnde gerechte Bezahlung nicht ergänzt werden. Die Presse für die Notwendigkeit einer gerechteren Preisberechnung in Anspruch zu nehmen und sonst darauf hinzuwirken, sind Erfordernisse, die auch wir mit Entschiedenheit verstehen.

Aus dem „Typograph“ soll der nachfolgende Passus als Wefenshern sachlicher Abwägung Anführung finden: Wer das weitgehendste Entgegenkommen gezeigt hat, soll jetzt nicht unterlurcht werden. Nur das muß ausgesprochen werden, daß die Gehilfen bis an die alleräußerste Grenze gingen. Sie gingen so weit, wie sie glaubten es ohne Appell an die Gehilfenschaft verantworten zu können. Ruhe und Frieden im Gewerbe ersuchen ihnen gerade in der schweren Zeit, in der wir uns befinden, notwendig. Um die richtige Grenze zu finden,

bedurfte es sogar lebhafter Auseinandersetzungen unter den Gehilfenvertretern selbst. Man sag, daß es auf der andern Seite ähnlich zugeht, sonst hätten die Sonderberatungen nicht so lange Zeit beansprucht, und hätte man nicht immer und immer wieder sein Annehmbar ausgesprochen. Das kommt auch daher, weil nicht überall und in jeder Druckeret die Beschüsse sich in gleicher Weise auswirken.

Man dürfte mit dem Beschluß eine Steuerungsulage gefunden haben, die für die Gesamtgehilfenschaft wenn auch keinen Ausgleich gegenüber der fündhaften Steuerung, immerhin eine wesentliche Erleichterung für die kommende Zeit schafft, aber auch von der Gesamtheit der tariffreien Prinzipale getragen werden kann. Dies ist um so leichter, weil sofort auch eine Erhöhung des Druckpreisariffs beschlossen wurde und die Gehilfen erklären, auch dazu beizutragen, daß der Druckpreisariff zur Durchführung gelangt.

Die „Graphische Welt“ (Faktorenorgan) kann in derselben Weise mit folgender Ausfassung ziffert werden: Durch diese Maßnahmen in bezug auf Erhöhung der Löhne und der Druckpreise folgt das Druckgewerbe gezwungenermaßen den unumföhllichsten Forderungen, und es ist nun Aufgabe aller Glieder des Gewerbes, nicht zuletzt der Faktoren; auf Grund der neuen Verhältnisse die Betriebe durch entsprechende Skalulation auch ferner lebensfähig zu erhalten. Nicht in letzter Linie gehört hierzu auch das agitatorische, aufklärende Wirken bei den Druckfachbesitzern, um sie von der Notwendigkeit der Preiserhöhung zu überzeugen.

Die übrigen Fachblätter wie auch die graphischen Gewerkschaftsorgane haben kurz oder länger rein referierend über die Berliner Beratungen berichtet.

In der Tagespresse hat grobenteils eine Meldung des Woffischen Telegraphenbureaus Aufnahme gefunden, die objektiv über das Verhandlungsergebnis unterrichtet und ebenso auf die entsprechende Erhöhung der Druckpreise vorbereitet. Vorher stehen wir aber einigemal auf eine Mitteilung, nach der das Publikum annehmen konnte, die Gehilfen würden die sich nun insgesamt ergebende Steuerungsulage, d. h. alle fünf Bewilligungen zusammen, auf einmal erhalten. Ob diese Notiz auch auf eine falsche Auffassung der Tarifamtsbekanntmachung zurückzuführen ist, vermögen wir nicht zu sagen. Der „Hofor Anzeiger“ hat untrer Willens allein sich einen Kommentar zu der WTB-Meldung geleistet, der zum Ausdruck bringen soll, daß die Provinzdruckereien den Preisanschlag nicht durchzuführen vermögen und demgemäß die unter so großen Schwierigkeiten durchgeführte Steuerungsulage zu hoch ist. Es sei kein Wunder, wenn ein jeder jetzt die Konjunktur ausnütze; bei den fabelhaft hohen Löhnen in der Munitionsinidustrie suchen „auch andre Gewerbsansprüche“ ihre Entnahmen zu verbessern. Uns dünkt diese Sprache leichtfertig, denn buchstäbliche Not diktiert die Forderungen der Gehilfenschaft, und es kann keineswegs gesagt werden, daß mit den Bewilligungen dem Notstande genügend begegnet wird. Ausnützen einer Konjunktur ist etwas ganz andres. Was der „Hofor Anzeiger“ sonst zu sagen hat, ist in seiner Art beachtenswert.

Zunächst muß es als bedauerliche Erscheinung festgestellt werden, daß ganz Deutschland — genau so wie bei den Kriegswirtschaftsstellen — nach der Berliner Pfeife tanzen muß und die Provinz gegen die Großstadt ausgespielt wird! 13—15 Mk. weitere Steuerungsulage für Gehilfe und Woche bedeutet für manches kleine und mittlere Geschäft einen größeren Teil des Verdienstes, und dabei kommt der Tarifanschlag immer wieder auf die längst nicht mehr zugräftige Einkundungsquelle: die Erhöhung der Druckfachpreise und natürlich, was gar nicht ausgesprochen ist, auch der Zeitungsgebühren und der Inseratenpreise. Es ist direkt ausgeschlossen, in der Provinz, besonders in den Städten, bei denen jetzt während der Kriegszeit ein großer Teil der Fabrikbetriebe stillgelegt ist, einen 25prozentigen Druckfachpreisanschlag zur Einführung zu bringen, und es muß darauf hingewiesen werden, daß die Herren, die in Berlin beschlossene und den hohen Lohnzuschlag beschließen, von der Provinz gar keine Ahnung haben. Es ist bedauerlich, daß in dem großen Ausschuss nur die Landeshauptstädte (also Bayern durch München, wo doch die Verhältnisse in bezug auf amtliche Arbeiten für Staatsbetriebe viel besser sind als nördlich der Donau) vertreten sind und so die ganze Druckinduftrie in der Provinz dem Ermessen eines Prinzipals und eines Gehilfenvertretenden ausgeliefert ist.

Wenn der „Hofor Anzeiger“ maßgebend wäre, müßte gesagt werden: Das ist der Dank der Provinz! Da haben die Prinzipalvertreter mit einem Nachdruck die Interessen der kleineren Druckereien und der Provinz verteidigt, daß es fast zum Abbruch der Verhandlungen gekommen wäre; hier wird aber klün behauptet, die Großstadt hätte sich auf Kosten der Provinz zu den genehmten Bewilligungen bereifunden lassen. Die Ingerimithelsen sonst — einen Teil schenken wir untrer Lesern — muß man unter dem Gesichtswinkel verstehen, daß hier jemand spricht, der von der ehemaligen „Welmarer Gruppe“ nicht weit zu suchen ist. Da wird alles unter dem Gesichtswinkel der Benachteiligung der Provinz gesehen und am Ende gar verlangt, daß Hof „aus Zweckmäßigkeitsgründen“ der Vorort des Kreises V werden müßte. Die Ordnung auf dem Druckprelsgebiete findet in solchem Ideenkreise große Stemmungen. Schließlich hat man dann an der „Begehrlichkeit der Gehilfen“ den Angelpunkt des Ganzen entdeckt.

In der sozialdemokratischen Presse fanden wir fast durchweg eine längere, sachgemäße Notiz, die von untrer Durchschnittsberedungen in Nr. 75 des bis zur vterien Steuerungsulage Erreichten ausgeht und dann das

jetzt Erreichte mit einem kurzen Blick auf den Verlauf der Berliner Beratungen anführt, dazu bemerkt:

Können diese Erhöhungen auch nicht als voller Ausgleich der pervertierten Lebenshaltung gegen früher bezeichnet werden, so bilden sie doch einen ganz beachtenswerten Erfolg der Organisation.

Eine andre Fassung schließt mit dem Satz: „Die Abmachungen bedeuten einen erheblichen Erfolg der Organisation.“ (Schluß folgt.)

## Zu den „Ungehörigkeiten im Verbandsorgan“

Die Notiz „Ungehörigkeiten im Verbandsorgan“ in Nr. 30 der „Zeitschrift“ erweckt den Anschein, als ob Gehilfen widerrechtlich in eine Prinzipalsversammlung eingeladen worden wären, um dort vertrauliche Besprechungen der Prinzipale anzuhören und von dem Geschehen eventuell verdrätlichen Gebrauch zu machen.

Die Verwahrung des Herrn Verfassers jener Notiz trifft in Wirklichkeit nicht angeblich falsch und würdlos handelnde Gehilfen, sondern Prinzipale, Geschäftsführer und Betriebsleiter, die als legitimierte Vertreter tariffreier Buchdruckereien unbeschadet ihrer Zugehörigkeit zu irgendeiner Organisation das selbstverfändliche Recht hatten, und es als ihre Pflicht ansehen, einer Versammlung beizuwohnen, zu welcher der Prinzipalvertreter im Tarifauschuss alle tariffreien Buchdruckereibesitzer Berlins durch besonderes Rundschreiben mit beigefügter Eintrittskarte eingeladen hatte.

Die dem Verbands der Deutschen Buchdrucker angehörenden besolmächtigsten Druckerbetreter hatten und haben allen Grund, sich durch die völlig unangebrachte Aufforderung zur Feststellung ihrer Persönlichkeiten zum mindesten belästigt zu fühlen und, da der den gewerblichen Frieden beeinträchtigende Vorfall sich wiederholt ereignete, in einem Organ der Tarifgemeinschaft dagegen Einspruch zu erheben.

Berlin. Otto Rahn.

## Korrespondenzen

H. Bamberg. In untrer letzten Vierteljahresversammlung vom 20. Juli erfaßte unser Vorsitzender Bericht über den jüngst in München stattgehabten Gaug. Da die Verhandlungen deselben im „Anr.“ unter besonderer Anblich bereits erschienen waren, konnte der Vorsitzende das Hauptaugenmerk seines Berichts den die Bamberger Kollegen besonders interessierenden Punkten zuwenden. Dieser Aufgabe entzifferte sich der Referent in bester Weise; die Bamberger Kollegen waren von dem Gehörten vollstätt befriedigt. Sodann schilderte der Vorsitzende die liberale Aufdruckswelle und herzliche Abschiedsfeier zu Ehren des scheidenden Gauvorstehers Seif. Gerade diese Abschiedsstunde, welche allen Teilnehmern des Gaugtags dauernd in Erinnerung haften wird, habe gezeitigt, wie ungemein beliebt der Scheidende bei jedermann ist. Die vom Kassierer gegebene Abrechnung befand sich in bester Ordnung, hierauf noch Erledigung einiger interner Angelegenheiten.

-1- Freiburg i. B. Die letzten Vorgänge in unterm Gewerbe haben auch im hiesigen Bezirk eine lebhaftere Betätigung ausgelöst, was sich durch Abhaltung außerordentlicher Versammlungen kundgab. In einer Bezirksversammlung am 16. Juni erfaßte Gauvorsteher Lindenlaub den Bericht von der Wirzburger Generalversammlung. Debatteles wurden die dort gefaßten Beschlüsse gutgeheißen. — In der Versammlung am 27. Juli hielten unter anderm die neuen Steuerungsulagen einen Punkt der Tagesordnung. Können diese auch eine volle Befriedigung nicht erwecken (dafür sind auch hier die Verhältnisse zu drückend, trotz Freiburgs Lage im „gelegneten“ Breisgau), so wurde doch der gute Wille der Prinzipale anerkannt und Dank und Anerkennung unterm Gehilfenvertretern gezollt, die unter schwierigsten Verhältnissen für ihre Mandatgeber herauskamen, was möglich war. Hoffentlich haben aus den letzten Tarifanschlagsungen die Kollegen etwas gelernt und befinden in Zukunft etwas mehr Interesse. Immer höher steigt die Zahl der Opfer, die der Krieg aus den Reihen der Bezirkskollegen fordert, denn fast keine Versammlung vergeht, wo nicht eines oder mehrerer Gefallener gedacht werden muß. Aus tiefstem Herzen kommt dabei der Wunsch: Es müge bald Friede werden!

Gofha. In der am 28. Juli hier abgehaltenen, aus den Orten Gofha (27), Dingelstätt (1), Ellenach (11), Friedrichroda-Waltershausen (7), Heiligenstadt (1), Langensals (17), Mühlhausen (12), Dyrud (3), Salzgauer Liebenstein-Wacha (1), Schmalkalden (3) aufbehaltenen Bezirksversammlung erfaßte Kollege König (Salle) Bericht über die stattgehabte Tarifanschlagsung. Redner schilderte in vorzüglicher Weise die Schwierigkeiten, die von den Gehilfenvertretern zu überwinden waren, um mit den Prinzipalen betrefis der Steuerungsulagen zu einer Verständigung zu gelangen. Dann streifte Redner noch die Faktoren- und Hilfsarbeiterfrage, den Organisationswert und das Lehrlingsausbildungswesen, letzteres den Kollegen besonders warm empfehlend. In der sich anschließenden lebhaften Aussprache wurde die schwierige Arbeit der Gehilfenvertreter im Tarifauschuss voll und ganz anerkannt, das finanzielle Ergebnis der Verhandlungen selbst aber als völlig unzureichend bezeichnet. Es wurde hierbei noch zum Ausdruck gebracht, daß man von der Prinzipalpartei

mehr Verständnis für die Not der Gehilfenschaft erwartet hätte. Der frühe Einführungstermin der neuen Zulage wurde einer scharfen Kritik unterzogen, ebenso die Begablung der Überstunden, die geringer als für eine gewöhnliche Arbeitsleistung sei. Der von einem Teil der Prinzipale unternommenen gemachten Vorwurf, daß sie die Unzulänglichkeit der Kollegen künstlich hervorriefen, wurde entkräftigt zurückgewiesen und betont, daß die grenzenlose Zuerkennung die Kollegen immer und immer zwingt, eine Verbesserung ihrer traurigen Lage anzustreben. Folgende Entschliessung fand einstimmige Annahme: „Die Gehilfenschaft des Bezirks Götting ist entsetzt über das geringe Ergebnis der neubeschlossenen Feuerungszulagen, da dieselben in bezug auf die enorm gestiegenen Preise absolut unzulänglich sind. Insbesondere verurteilt die Versammlung, daß die Feuerungszulage nicht auf einmal zur Auszahlung kommt, und daß ferner die Gehilfen vor Frühjahr 1919 keine neuen Forderungen stellen sollen. Den Vorwurf von Prinzipalsseite, daß die Forderungen der Gehilfenschaft eine unerfüllbare Höhe erreichten nach der Württemberg Generalversammlung angenommen hätten, weisen wir entschieden zurück und erklären, daß unsere gestellten Forderungen nur eine angemessene Erhöhung des bisher gänzlich unzulänglichen Lohnes bedeuten, der auch durch die neuen Feuerungszulagen noch lange nicht den Erwerbungen entspricht, die die Gehilfenschaft von der neuen Regelung erhoffte.“

**Wosen.** Mit dem jetzt leider fast jedesmal üblichen Nachruf für ein gefallenes langjähriges Mitglied eröffnete der Vorsitzende auch die außerordentliche Versammlung am 27. Juli. Nach den Berichten der Orts- und Gaukassierer ergreift der Tarifreferent Wagner das Wort und schilderte in interessanten Ausführungen den Verlauf der äußerst schwierigen Verhandlungen des Tarifauschusses. Vom Vorsitzenden wurde dem Referenten sowie unsern andern berufenen Vertretern der Dank der Kollegen für das Erreichte übermittelt. Zum Ausdruck gebracht wurde aber, daß die materielle Aufbesserung, die die Gehilfen jetzt erlangt haben, keineswegs einen wesentlichen Ausgleich zu der Zuerkennung bedeute. Ganz besonders wurde betont, daß die Meinung der Prinzipalsreferenten für den Osten, daß hier die Lebensverhältnisse billiger seien, nicht haltbar sein kann. Die Buchdruckergehilfen sind auch hier die Stiefkinder in der Lebensmittellieferung und daher auf die teuren Schleichhandelswege angewiesen. Angeregt wurde die Abhaltung eines Gauslags und ein dahingehender Antrag auch angenommen.

**Württemberg.** Eine äußerst gut besuchte Mitglieder-versammlung fand am 20. Juli statt. Nach der Begrüßung der anwesenden Geldfrauen, nach der Eröffnung eines gefallenen Kollegen und eines verstorbenen Invaliden und nach erfolgter Aufnahme eines neuangelernten Druckerkollegen gab Kollege Schymacher den Bericht über außerordentlichen Gauslag in München. Die diesbezüglichen Mitteilungen im „Korr.“ fanden eingehende Erläuterung; besonders wurde hervorgehoben, daß der Antrag Württemberg zwar im Wortlaut; nicht aber im Grundgedanken abgelehnt wurde. Es sei zu erwarten, daß die Mitragung auch in den kleineren Druckorten Aufnahme finde und somit nutzbringend wirke, und daß sich selbstredend neben den Typographischen Gesellschaften alle Spartenvereinigungen beteiligen werden, soweit sie sich auf dem Befehle der Lehrlingsausbildung betätigen, wenn auch der Antragsteller deren Erwähnung unabsichtlich unterlassen hatte. Hierauf nahm Kollege Hemmerich Stellung zu der stattgegebenen Tarifauschusslösung. Nach seinem sehr eingehenden Berichte brachten die Diskussionsredner unter Zustimmung der Versammlung zum Ausdruck, daß den Gehilfenvertretern für ihre saure Arbeit der Dank der Mitglieder nicht vorenthalten werden darf. Zwar genüge die erfolgte Erhöhung der Feuerungszulage infolgedessen nicht, weil sie bei weitem nicht einen Ausgleich der fortwährenden Erhöhung der Lebensmittelpreise bildet; der Not gehörend lie man aber mit dem Erreichten einverstanden und hoffe bei den Prinzipalen ferner auf ein willigeres Verständnis für unsere berechtigten Wünsche. Der Abschied untes langjährigsten ersten Vorsitzenden Hans Hemmerich, bedingt durch seine ehrenvolle Berufung zum Gauvorsitzer in München, warf in dieser Versammlung schon seine Schaffen voraus, obwohl sich mit dieser Sache eine außerordentliche Generalversammlung am 10. August im besondern zu be-fassen hat.

### □ □ □ Rundschau □ □ □

**An der Schwelle des fünften Kriegsjahrs.** Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ bringt an der Spitze der vorletzten Nummer einen Rückblick über das, was das deutsche Volk in den vier Jahren des unglücklichen Weltkrieges ertragen hat. Mit Bedauern wird festgestellt, daß alle Friedensbedingungen bisher vergeblich waren. Leider habe man auch bei den Arbeitern der Entente-Länder nicht das notwendige Entgegenkommen gefunden. Uns nehme die Friedenssehnsucht gefangen, allerdings nicht in dem Sinne, die Hoffnungen der Alliierten zu erfüllen, „die des nativen Glaubens sind, unser Volk würde verräterisch im eignen Lande die Geschäfte derjenigen besorgen, die bereit sind, uns ihre militärische Macht zu lassen“. Die deutsche Arbeitererschaft sei mit der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands eng verknüpft. Der Verfasser sagt: „Ihr müßt uns nicht mit euren asiatischen, afrikanischen Forderungen eine freiere politische Entfaltung bringen. Die Zulage werden wir selbst übernehmen, jetzt und für die kommende Zeit.“ Sodann werden die Arbeiter des Auslandes noch einmal aufgefordert, mit uns gemeinsame

Propaganda zu betreiben. Nicht um territoriale Erweiterung dürfte der Kampf forgesetzt werden. Wenn die großen Kulturstaaten Europas, die die Führer in diesem Kampfe seien, während 44 Jahren innerhalb ihrer Staatsabgrenzung leben konnten, sich wirtschaftlich und kulturell entwickelt haben, dann ist es heller Wahnsinn, wegen eines Landbesitzes, den dieser oder jener Staat beansprucht, Millionen von Menschen zu opfern und Länder zu verwerfen, die auf lange Zeit ihres Wohlstandes beraubt sind. Auch von Kriegsschädigungen könne keine Rede sein, denn das was an Idealen und materiellen Gütern vernichtet worden ist, könne von keinem Volke dem andern ersetzt werden. Am Schluß des bemerkenswerten Artikels wird das ferliche Ergebnis der deutschen Arbeitererschaft abgeleitet, frei und unerklärlich den bisher eingeschlagenen Weg weiter einzuschlagen, bis endlich auf der andern Seite Überlegung und Ermüdungen zur Umkehr Platz greifen und dadurch das Ende des fürchterlichen Krieges herbeigeführt wird. So weit der Artikel im „Korrespondenzblatt“, der noch manchen markanten Satz und Ausruf enthält, vornehmlich den allen geliebten Zuruf: „Kafek ein, es ist genug des menschlichen Sammers!“ Was hier an unsre Gegner und gleichfalls an die Arbeiter der feindlichen Länder gerichtet ist, findet untre Zustimmung. Eine andre Frage ist die, ob es überhaupt möglich ist, auf dem eingeschlagenen Wege weiter wandeln zu können. In bezug auf die inneren Preis- und Ernährungsverhältnisse erscheint dies schier unmöglich. In dieser Hinsicht ist eine Eingabe des Zentralverbandes der Dachdecker, die sich an das Reichsamt des Innern wendet und in der „Dachdeckerzeitung“ dem Organ dieser Gewerkschaft, ganz formgemäßen Ausdruck findet, ebenfalls bemerkenswert. In der Eingabe wird gesagt, daß es so wie bisher einfach nicht mehr weitergehen kann. Die schöne Gewinnsucht habe alles um 200 Proz. zum Teil sogar um 300—400 Proz., verertert, so daß die Berufsgehilfen mit ihren Kindern trotz 50prozentiger Lohnerhöhung darben müssen. Von den rationierten Waren könne kein Mensch satt werden, und für die Schleichhandelspreise reichen die Löhne der Arbeiter bei weitem nicht aus. Sie haben nichts mehr anzugeben; eine Arbeitsloshole, die früher 4—5 Mk. gehöfist, müsse jetzt mit einem Wochenlohn bezahlt werden. Die Scharnke und Käfen seien leer, die Ersparnisse der Arbeiter liegen in den Geldbrücken der Wucherer. „Mit unserm Blut und unsern Knochen treibt die Gesellschaft der Hyänen auf dem wirtschaftlichen Schlachtfeld einen Löwengasthau-Handel“, besagt die Eingabe, „wir sind gezwungen, unser eignes Fleisch von den Kriegsgewinnlern zurückzukaufen — es geht einfach über unsre Kraft.“ Hier helfe kein Reden mehr, kein Hinweis auf die Wichtigkeit der Landesverteidigung, kein Wechsel auf eine schönere Zukunft, kein Versprechen, daß unsre Kinder einmal das gleiche Wahlrecht erhalten, wir stehen vor dem völligen Zusammenbruch. Die Eingabe läßt Zweifel laut werden, ob die Regierung überhaupt Kenntnis davon hat, wie es in Wirklichkeit aussieht. „Wahrlich heißt es: „Wir, hinnen, nicht mehr mit, wir sind am Ende. Es gibt nur noch ein Entweder — Oder. Entweder die Regierung findet den Mut, die elenden Preisstreiber wirklich aufzuhängen, wenn es Galgen genug für sie gibt, oder sie stellt den Bedarf für die Arbeiter sicher wie die Kleidung für die Soldaten.“ Den Schluß der Eingabe, die als das Echo von über hundert Zuschriften bezeichnet wird, bildet das Ersuchen um schnellsten Eingreifen der Regierung, damit die notwendigen Bedarfsartikel sichergestellt werden und die Arbeiter nicht zuhung müßten, wie sie bei lebendigem Leibe geopfert werden. Dieser förmlich mit Unterschriften arbeitenden Ansprache an die Regierung können sich alle die anschließen, die unter der allgemeinen Ausplünderung zu einem wahren Hungerleben gezwungen sind, denn ebenfalls Menschen sonder Zahl zum Opfer fallen. Die aufstrebende Sprache dieses öffentlichen Aufschreies wird zwar stark abstecken von den vielen mehr oder weniger feierlichen Erklärungen und Ausmutterungen in diesen Tagen, aber sie entspricht den nackten Tatsachen, ist klar und wahr. Auf einen andern dunklen Punkt in dieser „großen, stolzen Zeit“ verweist das Organ des Fabrikarbeiterverbandes, „Der Proletarier“, in einer Schilderung über die Opfer und Leiden der breiten Masse des Volkes. In diesem Rückblick wird bedauert, daß dem größten Teile des deutschen Volkes kein wichtiges politisches Recht, das gleiche Wahlrecht, vorenthalten wird, trotzdem es seit vier Jahren um seine staatsliche Unversehrtheit ringt und alle Nahrungs-sorgen und sonstige schwere Begleiterfahrungen des Krieges auf sich genommen hat. In die Regierung wird der Appell gerichtet, ihrem Versprechen die entscheidende Tat folgen zu lassen, wenn wir nicht mit der Schmach rechtlicher politischer Ungleichheit ins fünfte Kriegsjahr hineingegeben wollen. Die Erledigung der Wahlrechtsfrage ist eine der dringendsten Forderungen der Zeit, und wollen wir daher nicht unterlassen, auch diesen Appell zu registrieren und kräftig dabei zu unterstützen.

**Nachnamenswertes Beispiel.** Das Torgauer Druck- und Verlagshaus zahlte die neuen Feuerungszulagen schon vom 29. Juli ab, außerdem wurden von diesem Tage ab besondere Feuerungszulagen von 1 Mk. und 1,50 Mk. gewährt; dergleichen wurden die Feuerungszulagen der Beibringe erledigt.

**Gerien!** Die Eberhardische Hof- und Raschbucht-druckerei in Wismar zwei, drei und vier Tage. — In Wilhelmshaven die Firma Th. Söh dem gefamten Personal eine Woche. — Bei der Firma P. Hug & Co. in Rüktringen wurden für die älteren Gehilfen die Gerien von vierzehn Tagen wieder eingeführt, die während des Krieges wegen Personalmangels auf acht Tage gekürzt waren. Für die im vorigen Jahr eingeschäfteten acht Tage erhielten sie jetzt einen Wochenlohn ausgeschli. — Das

Torgauer Druck- und Verlagshaus dem gefamten Personal drei Tage.

**Feuerungszulagen für die Buchdruckerhilfsarbeiter in Berlin.** Unter der unparteilichen Leitung des Gehilfenvereins des Reichsamt, welches Kollegen Schließ, fanden zwischen den maßgebenden Vertretern in Berlin Verhandlungen statt, in welchen Vereinbarungen getroffen wurden wonach zu den bisherigen folgende neue Feuerungszulagen gezahlt werden: Verbratete männliche Hilfsarbeiter erhalten ab 1. August 9 Mk., ab 1. Dezember 4 Mk., zusammen 13 Mk.; ledige männliche Hilfsarbeiter ab 1. August 8 Mk., ab 1. Dezember 3 Mk., zusammen 11 Mk. An weibliche Hilfskräfte ohne Unterschied werden ab 1. August 6,50 Mk., ab 1. Dezember 2,50 Mk., zusammen 9 Mk., gezahlt. Die Überstundenzulage von 40, 50, 75 Proz. usw. werden ab 1. August dadurch erhöht, daß für jede Überstunde 10 Pf. hinzukommen. Lohn- oder Feuerungszulagen, welche nach Einführung der letzten Feuerungszulage (November 1917) unter Vorbehalt und solche, die nach dem 15. Mai ohne Vorbehalt bewilligt wurden, dürfen bei Zahlung der neuen Zulage anteilig verrechnet werden. Aber Entschädigung von Extranächten gelten für die ständigen Hilfsarbeiter die bisherigen Hausverträge oder mündlichen Abkommen, für das ausschließlich für Extranächte eingestellte unfähige Hilfspersonal wird in diesem Falle die vor dem 1. August 1914 gewährte Entschädigung mit einem 50prozentigen Aufschlag gezahlt.

**Keine Ruh' bei Tag und Nacht...** Im „Seitungs-Verlage“ finden wir zwei Gesuche, in denen außerordentlich vielseitige Kräfte verlangt werden, und die wir im Hinblick auf die schmale Kost, welche uns gegenwärtig zugewiesen wird, wie auf die daraus resultierende Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit unserer Lesern nicht vorantreiben wollen. Ad 1 wird ein tüchtiger, zuverlässiger, praktischer Sachmann als Vertreter für ein sechsmal erscheinendes amiliches Kreisblatt gesucht. Derselbe muß die Berechtigung zum Anlernen von Lehrlingen besitzen, Teile der Redaktion übernehmen, im Korrekturenlesen, Buchführen, Disponieren, Kalkulieren und Berechnen von behördlichen Arbeiten sicher sein, auch in der Geberei (Monolinebetrieb) und im Maschinenlaufe jederart mit ausstellen können, rubig und sicher im Verkehr mit Behörden und Publikum sein. Materialschlagen und stereotypieren wird als Bedingung gestellt. Zu 2 verlangt eine Firma einen Geschäftsführer, der auch die Redaktion der dreimal wöchentlich erscheinenden Zeitung übernimmt. Von diesem wird gleichfalls Erfahrung in Buchführung, Berechnen der Arbeiten, Vertriebsstatistik und Korrekturenlesen erwartet, im Zeitungs- und Abgabengabe soll der Betreffende selbst korrekt mitarbeiten und ebenfalls die Berechtigung zur Anweisung von Lehrlingen besitzen. Wenn man nun aber glaubt, daß es sich um Lebensstellungen handelt, so befindet man sich in einem Irrtum. In beiden Fällen kommt nur Kriegserlaß in Frage.

**Der Geschäftsgang im Papier- und im graphischen Gewerbe.** Die Papierfabriken, insbesondere die Fabriken zur Herstellung von Druckpapier, hatten nach dem „Reichs-arbeitsblatt“ in den Monaten März, April und Mai einen lebhaften, zum Teil außerordentlich regen Geschäftsgang aufzuweisen, wenn auch die Erzeugung von Zeitungsdruckpapier wegen Personalmangels zeitweise hinter dem Bedarfe zurückbleiben mußte. Über die Beschäftigung in den Buchdruckereien und Buchbinderereien lauten die Berichte in allen drei Monaten durchweg günstig. Auch hier wird von einem Zurückbleiben der Erzeugung hinter dem Bedarf aus naheliegenden Gründen berichtet.

**Die Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe.** Nach den Berichten des „Reichs-arbeitsblattes“ hatten die Buchdrucker im März 1918 0,2 Proz. Arbeitslose (gegen 0,3 Proz. im März 1917 und 0,0 Proz. im Februar 1918), im April und Mai d. J. dagegen wie im Vorjahre keine Arbeitslosen zu verzeichnen. Bei den Buchbindern ist der Stand der Arbeitslosigkeit im März d. J. mit 1,4 (im März v. J. 2,1, im Februar d. J. 1,4) Proz., im April ebenfalls mit 1,4 (im gleichen Monate des Vorjahrs mit 2,4) Proz. und im Mai d. J. mit 1,1 (1,8) Proz. angegeben. Die Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter hatten im März eine ganz erhebliche Steigerung der Arbeitslosigkeit aufzuweisen, nämlich 3,6 Proz. (gegen 0,1 im März v. J. und die gleiche Prozentzahl im Februar d. J.), im April und Mai sank die Prozentzahl wieder auf 0,2 (0,2 im April und Mai v. J.). Bei den Lithographen und Steindruckern betrug die Arbeitslosigkeit im März d. J. 0,8 (1,3, 0,7), im April 0,7 (1,3) und im Mai 0,7 (1,2) Proz.

**Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden.** Im März d. J. waren nach den von 36 Fachverbänden dem „Reichs-arbeitsblatt“ über 1176387 Mitglieder gemachten Angaben 10147 Arbeitslose vorhanden, das bedeutet einen Prozentsatz von 0,9 (gegen 1,4 im März v. J. und 0,8 im Februar d. J.). Im April machten 34 Fachverbände über 1162815 Mitglieder diesbezügliche Angaben, woraus sich eine Arbeitslosigkeit von 9706 Personen = 0,8 (1,0 im April v. J.) Proz. ergab. Der Mai brachte Angaben von 33 Fachverbänden über 1192964 Mitglieder und ergab eine Arbeitslosigkeit von 9605 Personen = 0,8 (1,0) Proz.

**Der Arbeitsmarkt in den Monaten März, April und Mai.** Das „Reichs-arbeitsblatt“ berichtet, daß das Angebot bei den männlichen Arbeitern im Monat März auf 56 (im Februar 53) für 100 offene Stellen zurückging, während es im April auf 62 (56) und im Mai wiederum auf 59 sank. Bei den weiblichen Arbeitern sank das Angebot im März auf 85 (von 93 im Februar) für 100 offene Stellen, im April stieg das Angebot auf

